

JK

Marshallplan II für AF-PAK!

Nach seriösen Schätzungen betrug die US-Hilfe für den Wiederaufbau Deutschlands im Rahmen des „Marshallplans“ im Zeitraum 1947-54 nach heutiger Kaufkraft mehr als US\$ 11 Mrd. Nicht allein humanitäre Gründe hatten die Amerikaner veranlasst, diese gewaltige Hilfe einem Land zukommen zu lassen, das als unmittelbarer Verursacher des 2. Weltkrieges galt. Wichtiger waren offenbar politische und sicherheitspolitische Gründe. So soll der britische Premier Winston Churchill gesagt haben „wir haben offenbar das falsche Schwein geschlachtet“. Gemeint war der sowjetische Imperialismus, den man als potentielle Bedrohung für den „freien Westen“ erkannt hatte. Somit entstand die Idee, Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus schnellstmöglich wieder zu stabilisieren, allerdings in Form eines demokratischen Staates westlicher Prägung.

Seit dem Sturz der Taliban vor acht Jahren sind von den westlichen Staaten, vor allem den USA, etwa \$ 200 Mrd. für die militärische Befriedung und den zivilen Wiederaufbau ausgegeben worden. Davon werden vielleicht 20% für den Wiederaufbau der Zivilgesellschaft inkl. Infrastruktur ausgegeben worden sein, davon wiederum 60% für Personalausgaben – vorwiegend für die westlichen Experten und Wiederaufbauhelfer. Als Folge ist zunehmend erkennbar, dass der größte Teil der afghanischen Bevölkerung, die zu 80% auf dem Lande in den Provinzen lebt, im unmittelbaren persönlichen Umfeld weder wirtschaftliche Fortschritte sieht noch eine Verbesserung ihrer Sicherheitslage erfahren konnte. Immer mehr geraten die Menschen zwischen die Fronten und resignieren. Zwischen der ihnen fremden westlichen Kultur und der ihnen eher vertrauten „Kultur“ der Taliban mit Scharia und erzkonservativer Auslegung des Heiligen Koran schwindet ihr Widerstand gegen eine Rückkehr der Taliban an die Macht.

Alle westlichen Diskussionen, man sollte die „gemäßigten“ Taliban nicht isolieren, sondern in Friedensgespräche einbeziehen, entspringen eher einer Resignation mit unabsehbaren Folgen. Wenn eines nicht allzu fernen Tages wieder Mullah Omar über die Macht in Kabul und dem übrigen Land verfügt (man hatte ja schon mal 90% des Landes beherrscht, ohne dass dabei allzu sehr Waffen hatten eingesetzt werden müssen), dann wird zu befürchten sein, dass die Terrororganisation Al Quaida in Afghanistan wieder Fuß fassen wird. Wofür sind dann über 300 ausländische Soldaten gestorben? Wofür hat der Westen \$ 200 Mrd. ausgegeben?

Die Amerikaner sind entschlossen, kurzfristig weitere 30.000 Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Man hört, dass damit zusätzliche Kosten von \$ 30 Mrd. p.a. verbunden sind. Die Bundeswehr zögert noch, den Wünschen der amerikanischen Verbündeten zu entsprechen und zusätzliche Soldaten zu schicken. Andere Alliierte – voran Großbritannien – stocken ihr Kontingent auf. Ist die „militärische Karte“ wirklich die Lösung? Für die afghanische Bevölkerung, die in weiten Teilen jetzt schon die ausländischen Soldaten eher als „Besitzer“ denn als „Befreier“ oder gar „Beschützer“ ansieht, kann das keine Lösung sein.

Der Westen hat den Fehler gemacht, in den letzten acht Jahren die Entwicklung in Nordwest-Pakistan „laufen“ zu lassen, einer Region, in der ein Vormarsch der wahabitisch geprägten Madrassas (Koranschulen) zu einer Radikalisierung

beigetragen hat. Im Rahmen der US-Zivilhilfe sind auf der Basis des neuen US-Gesetzes („Kerry-Logar-Act“) bereits zusätzlich \$ 7,5 Mrd. für die nächsten fünf Jahre bereit gestellt worden. Wieder machen die Amerikaner den Fehler, dass die Gelder als Finanzhilfe der pakistanischen Regierung zur Verfügung gestellt werden, ohne dass eine effektive Kontrolle der zivilen Verwendung durch den Geldgeber stattfindet. Es war schon in der Vergangenheit so – zumindest nach 2001 -, dass jährlich von den Amerikanern dreistellige Millionenbeträge für Zivilprojekte an die pakistanische Regierung gezahlt wurden, insgesamt rd. \$ 6 Mrd, ohne dass. Verwendungsnachweise verlangt worden waren..

Nach aktuellen Schätzungen arbeiten inzwischen rd. 20.000 Madrassas in Pakistan. Viele pakistanische Eltern erklärten auf Befragung, dass sie ihre Kinder aufgrund der hohen Kosten nicht auf säkulare Schulen schicken könnten. Auf einer Koranschule dagegen lernten sie zumindest Lesen und Schreiben; auch bekämen sie kostenlos Essen und Trinken sowie Bekleidung. Hätte man von den reichlich an die pakistanische Regierung geflossenen Mitteln nur eine Milliarde Dollar in den Bau und Unterhalt von 10.000 säkularen Schulen investiert, gäbe es das Problem der Radikalisierung längst nicht in dem Ausmaß! Eine weitere Milliarde für die Verbesserung ländlicher Infrastruktur und der Agrartechnik, auch in den Aufbau und Unterhalt von Krankenhäusern, hätte dazu beigetragen, der Hinwendung zum Islamismus entgegenzuwirken. Diese Fehler unterlassener Investitionen zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind auf indischer Seite nicht gemacht worden. Davon konnten sich meine Frau (mit 40-jähriger Erfahrung als Lehrerin) und ich im November 2008 in Rajasthan selbst überzeugen. Die Pakistanis haben es versäumt, von ihren Nachbarn zu lernen.

Vor wenigen Jahren erst hat der Düsseldorfer Wirtschaftsanwalt Dr. Winfried Schmitz selbst vor Ort erfahren können, wie ohne Waffeneinsatz eine in Khost, der früheren Provinz Paktia („Pashtunen-Gebiet“), mit Unterstützung des regionalen Direktors für Erziehungsfragen, Hassan Gul Tani, eine Koranschule dazu gebracht werden konnte, ihren Betrieb einzustellen. Man hatte mit deutschen Spendengeldern in Höhe von € 50.000 direkt neben die Koranschule eine säkulare Schule mit einem modern ausgerichteten Bildungsangebot gebaut. Davon sollten in allen „gefährdeten“ Regionen – angefangen in der südwestlichen Provinz Helmand bis nach Nangahar – tausende moderner Schulen, allerdings nur in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Stammesältesten – gebaut werden. Dazu sollten Solar- und Windkraftanlagen zur Verbesserung der Stromversorgung, Kraftfahrzeugwerkstätten, Krankenhäuser etc. gebaut werden.

Entwicklungs- und sicherheitspolitisch wird die Lage immer brisanter. Somit können wir das Scheitern einer Stabilisierung dieser gesamten Region „AF-PAK“ nur verhindern, wenn ein „Kraftakt“ gelingt, nach dem Muster des „**Marshallplans**“ für den Zeitraum 2010-2020 zumindest **\$ 10 Mrd.** einzusetzen, von denen die ersten nennenswerten Beträge bereits in einigen Monaten „werbewirksam“ fließen müssten. Auch die glaubhafte Ankündigung über die gut entwickelten afghanischen und pakistanischen Medien würde bereits Hoffnung verbreiten lassen, um die Menschen nicht noch mehr in die Hände radikaler Islamisten zu treiben.

Für einen Erfolg der Idee dieses Plans kommt es entscheidend auf die Konzeption und Durchführung an:

- Die Verwaltung der Gelder muss durch die UNO koordiniert und durch einen Isaf-Ausschuss in Zusammenarbeit mit Entwicklungshilfeexperten der Weltbank u.a. renommierter Entwicklungshilfeorganisationen unterstützt werden;
- Ownership bzw. Mitverantwortung durch Einbindung der lokalen Bevölkerung, die aufgefordert wird, Projektvorschläge zu unterbreiten. An der Ausführung sollten bestmöglich die Vertreter der örtlichen Bevölkerung beteiligt werden.
- Auszahlung der Gelder nach Projektfortschritt;
- Keine unfundierten „Leuchtturmprojekte“..

Es ist kein Problem, sinnvolle Projekte zu entwickeln oder auf bestehende und bereits ausgearbeitete Projektvorschläge zurückzugreifen. Hierbei können die vielen seriösen und vor Ort mit ausgesuchten, zuverlässigen afghanischen Partnern arbeitenden NGOs kurzfristig helfen. Entscheidend ist es, die internationale „Community“ für einen solchen „Kraftakt“ zu gewinnen. Auch auf afghanischer und pakistanischer Seite muss jeweils ein geeigneter Repräsentant gefunden werden, der von der Bevölkerung dieser Regionen akzeptiert wird und über eine exzellente internationale Reputation verfügt. Auf afghanischer Seite könnte dies z.B. der frühere Finanzminister im Kabinett von Präsident Karzei sein, Dr. Ashraf Ghani Ahmadzai.